

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995

Ausgegeben am 28. April 1995

89. Stück

292. Kundmachung: Geltungsbereich des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte
293. Kundmachung: Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte
294. Kundmachung: Geltungsbereich des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe
295. Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Marokko über die Förderung und den Schutz von Investitionen
(NR: GP XVIII RV 922 VV S. 107. BR: AB 4501 S. 567.)

292. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten ihre Beitrittsurkunden zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. Nr. 591/1978, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 252/1994) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Georgien	3. Mai 1994
Kirgisistan	7. Oktober 1994
Malawi	22. Dezember 1993
Namibia	28. November 1994

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat am 18. Jänner 1994 erklärt, sich rückwirkend ab 17. September 1991 weiterhin an den Pakt gebunden zu erachten.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat Irland am 12. April 1994 den anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde erklärten Vorbehalt zu Art. 6 Abs. 5 *) zurückgezogen.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 213/1991

Vranitzky

293. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. Nr. 105/1988, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 253/1994) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Belgien	17. Mai 1994
Georgien	3. Mai 1994
Kirgisistan	7. Oktober 1994
Lettland	22. Juni 1994
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	12. Dezember 1994
Namibia	28. November 1994

Vranitzky

294. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Zweiten Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. Nr. 333/1993, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 254/1994) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Dänemark	24. Februar 1994
Malta	29. Dezember 1994
Namibia	28. November 1994
Schweiz	16. Juni 1994
Seychellen	15. Dezember 1994
Slowenien	10. März 1994
Ungarn	24. Februar 1994

Anlässlich der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde hat Malta nachstehenden Vorbehalt erklärt:
„Gemäß Art. 2 behält sich Malta das Recht vor, die Todesstrafe auf Personen anzuwenden, auf die das Gesetz über die Maltesischen Streitkräfte (Kapitel 220 der novellierten Ausgabe der maltesischen Gesetze) anwendbar ist; dieses Gesetz bestimmt, daß die Todesstrafe in den darin definierten außergewöhnlichen und schweren Fällen verhängt werden kann, aber nur in Kriegszeiten.“

Vranitzky

295.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

**ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH MAROKKO
ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN**

Die Republik Österreich und das Königreich Marokko,
im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

von dem Wunsche geleitet, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu verstärken,

in der Erkenntnis der bedeutenden Rolle ausländischer Investitionen im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß und des Rechtes jeder Vertragspartei, diese Rolle und die Bedingungen festzulegen, unter denen ausländische Investitionen an diesem Prozeß teilnehmen können,

in der Erkenntnis der Bedeutung eines zufriedenstellenden Investitionsklimas für die Einleitung und Aufrechterhaltung eines angemessenen internationalen Kapitalstromes,

in dem Bestreben, in den beiden Staaten günstige Bedingungen für Investitionen zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen Investoren der beiden Staaten, insbesondere in den Bereichen der Technologie, der Industrialisierung und der Produktivität, zu intensivieren,

in der Erkenntnis der Notwendigkeit, die Investitionen der Investoren der beiden Staaten zu schützen und den Kapitaltransfer im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wohlstand der beiden Staaten zu fördern;

sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) bewegliche und unbewegliche Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte, dingliche Sicherungsrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Aktien und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte, wie Erfinderpateute, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie Gebrauchsmuster, technische Verfahren, Knowhow, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung und die Gewinnung von Naturschätzen; diese Investitionen müssen in Übereinstimmung mit den in den Gastländern in Kraft stehenden Rechtsvorschriften erfolgen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“:

für die Republik Österreich

- a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit der Republik Österreich besitzt und eine Investition auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft des Handelsrechts, die in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Republik Österreich errichtet wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt; für das Königreich Marokko

- a) jede natürliche Person, die die marokkanische Staatsangehörigkeit in Übereinstimmung mit der im Königreich Marokko in Kraft befindlichen Gesetzgebung besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person, Personengesellschaft, sonstige Vereinigung oder Einrichtung, deren Statut auf der marokkanischen Gesetzgebung beruht, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet des Königreiches Marokko hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich Gewinne, Zinsen, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren, deren Vertragsgrundlagen von den zuständigen Behörden, soweit dies nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Gastlandes erforderlich ist, genehmigt wurden.

ARTIKEL 2

Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle der Wiederveranlagung dieser Erträge.

(3) Die Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition, die in Übereinstimmung mit den im Gastland in Kraft stehenden Rechtsvorschriften vorgenommen wurden, gelten als neue Investition.

ARTIKEL 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt die Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als die Investoren von Drittstaaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen dieses Abkommens, eine nicht weniger günstige Behandlung zu gewähren, als sie Investoren eines Drittstaates und deren Investitionen eingeräumt wurde, können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privilegs einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft,
- b) einer im Rahmen eines bilateralen Investitionsschutzabkommens eingeräumten Inländergleichbehandlung;
- c) einem internationalen Abkommen oder einer bilateralen Vereinbarung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit über Steuerfragen;
- d) Regelungen zur Erleichterung des Grenzverkehrs;

- e) allen Beihilfen, Zuwendungen, Darlehen, Versicherungen und Garantien, welche ihren eigenen Staatsbürgern oder Gesellschaften im Rahmen der Tätigkeiten und Programme der nationalen Entwicklung vorbehalten sind.

ARTIKEL 4

Enteignung

(1) Für die Zwecke dieses Artikels bezeichnet der Begriff Enteignung auch eine Verstaatlichung oder jede andere der Enteignung in ihrer Wirkung und Art gleichkommende Maßnahme.

(2) Die Enteignung der Investitionen von Investoren einer Vertragspartei darf von der anderen Vertragspartei nur auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens, gegen Entschädigung, in nicht diskriminierender Weise und nur im öffentlichen Interesse vorgenommen werden. Die Vertragspartei, die eine solche Maßnahme getroffen hat, leistet dem Anspruchsberechtigten innerhalb angemessener Frist eine angemessene und effektive Entschädigung, die dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen muß, in dem die Enteignung öffentlich bekannt wurde. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(3) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die gemäß Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als ihre eigene Gesellschaft anzusehen ist und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteile besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(5) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch das Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten überprüfen zu lassen.

ARTIKEL 5

Überweisungen

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den Transfer in konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) der Investition;
- b) der Erträge;
- c) der Rückzahlung von in Devisen gewährten Darlehen;
- d) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- e) von Entschädigungen gemäß Artikel 4 Absatz 2.

(2) Die Überweisungen gemäß diesem Artikel erfolgen in konvertierbarer Währung zu den Wechselkursen, die am Tage der Überweisung gelten.

ARTIKEL 6

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution einem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei gemäß Artikel 8 und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei gemäß Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäftes auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die zweitgenannte Vertragspartei erkennt auch das Eintrittsrecht der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche diese Vertragspartei in selbigen Umfange ausüben kann wie der frühere Anspruchsberechtigte. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 sinngemäß.

ARTIKEL 7**Andere Verpflichtungen**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber den Investoren der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

ARTIKEL 8**Meinungsverschiedenheiten aus Investitionen**

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese, soweit wie möglich, zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine solche Meinungsverschiedenheit nicht innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt einer schriftlichen Mitteilung von Ansprüchen beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder eines Schiedsverfahrens dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, welches durch die am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten geschaffen wurde, unterbreitet. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß das innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden ist.

(3) Die Entscheidung ist endgültig und bindend; sie wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung der Schiedssprüche in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(4) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie bezüglich einiger oder aller seiner Verluste eine Entschädigung erhalten hat.

ARTIKEL 9**Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine solche Meinungsverschiedenheit innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so kann sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet. Jede Vertragspartei bestellt je ein Mitglied. Diese auf diese Weise bestellten beiden Mitglieder wählen einen Angehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden des Gerichtes. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, diese Funktion wahrzunehmen, so kann der Vizepräsident oder, im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; die Entscheidung ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seiner Entscheidung eine andere Kostenregelung treffen.

ARTIKEL 10

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird es auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen zwölf Monate vor seinem Ablauf schriftlich kündigt.

(3) Für Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 9 noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Rabbat, am 2. November 1992, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist. Bei unterschiedlicher Auslegung hat der französische Wortlaut Vorrang.

Für die Republik Österreich:

Mock

Für das Königreich Marokko:

Filali

اتفاق بين الجمهورية النمساوية و المملكة المغربية بشأن انعاش وحماية الاستثمارات

إن الجمهورية النمساوية و المملكة المغربية المشار إليهما فيما بعد "بالطرفين المتعاقدين":

- رغبة منهما في توطيد التعاون الإقتصادي بين الدولتين ؛
- واعترافا منهما بالدور المهم لاستثمارات رؤوس الأموال الأجنبية في مسلسل النمو الإقتصادي وحق كل طرف متعاقد في تحديد هذا الدور وكذا الظروف التي يمكن فيها للاستثمارات الأجنبية المشاركة في هذا المسلسل ؛
- واعترافا منهما بأهمية توفير مناخ استثماري ملائم لخلق تدفق دولي مناسب لرؤوس الأموال والحفاظ عليه؛
- وحرصا منهما على خلق ظروف مناسبة لاستثمار رؤوس الأموال في كلتا الدولتين وتكثيف التعاون بين مستثمري البلدين وبالأخص في ميادين التكنولوجيا، والتصنيع والإنتاجية؛
- واعترافا منهما بضرورة حماية استثمارات مستثمري كلتا الدولتين وتنشيط تحويلات رؤوس الأموال من أجل الإزدهار الإقتصادي لكلتا الدولتين؛

.../..

اتفقتا على ما يلي :

المادة الأولى

تعريفات

لأغراض هذا الإتفاق :

1- يشمل مصطلح "استثمار" جميع عناصر الأصول وبشكل خاص لكن ليس على سبيل الحصر :

أ- الممتلكات المنقولة وغير المنقولة وكذا جميع الحقوق العينية الأخرى مثل الرهون والضمانات والتأمينات العينية وحقوق الإنتفاع والحقوق المماثلة؛

ب- الأسهم وأشكال أخرى للمساهمات في الشركات؛

ج- الديون النقدية والحقوق في كافة الخدمات التي لها قيمة اقتصادية؛

د- حقوق المؤلف وحقوق الملكية الصناعية كبراءات الإختراع والعلامات والعينات والنماذج التجارية وكذا النماذج المسجلة والمناهج التقنية والخبرة والأسماء التجارية والزبناء؛

هـ- الإمتيازات التي يمنحها القانون العام من أجل التنقيب واستغلال الموارد الطبيعية.

ينبغي أن تنجز هذه الإستثمارات طبقا للقوانين والأنظمة الجاري بها العمل في البلد المضيف.

2- يعني مصطلح "مستثمر"

بالنسبة للمملكة المغربية :

أ- كل شخص طبيعي يحمل الجنسية المغربية بمقتضى التشريع الجاري به العمل في المملكة المغربية ويقوم باستثمار فوق تراب الطرف المتعاقد الآخر؛

.../..

ب- كل شخص معنوي، شركة أشخاص أو جمعية أو كيان آخر يستمد وضعيته القانونية من التشريع المغربي، ويوجد مقره فوق تراب المملكة المغربية ويقوم باستثمار فوق تراب الطرف المتعاقد الآخر؛

بالنسبة للجمهورية النمساوية :

أ- كل شخص طبيعي يحمل جنسية الجمهورية النمساوية ويقوم باستثمار فوق تراب الطرف المتعاقد الآخر.

ب- كل شخص معنوي أو شركة أشخاص خاضعة للقانون التجاري، أنشئت طبقا لتشريع الجمهورية النمساوية، والتي يوجد مقرها فوق تراب الجمهورية النمساوية وتقوم باستثمار فوق تراب الطرف المتعاقد الآخر.

3- يعني مصطلح "المداخيل" المبالغ التي يجلبها استثمار وبشكل خاص لكن ليس على سبيل الحصر، الأرباح والفوائد وحصص الأرباح ونصيب المتصرفين وادوات الترخيص التي تمت الموافقة على عقودها من طرف السلطات المختصة في حالة ما إذا كانت أنظمة البلد المضيف تفرض ذلك .

المادة الثانية

انعاش وحماية الاستثمارات

1- يشجع كل من الطرفين المتعاقدين فوق ترابه، قدر الإمكان، استثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الآخر، ويقبل هذه الإستثمارات طبقا لتشريعه ويعاملها بشكل عادل ومنصف.

2- تتمتع الإستثمارات المنصوص عليها في الفقرة (1) ومداخيلها بالحماية الشاملة لهذا الإتفاق . دون الإخلال بمقتضيات الفقرة (1) تطبق نفس المعاملة في حالة إعادة استثمار المداخيل المذكورة.

3- يعتبر توسيع أو تغيير أو تحويل استثمار ما أنجز طبقا للقوانين والأنظمة الجاري بها العمل في البلد المضيف بمثابة استثمار جديد.

.../..

المادة الثالثة

معاملة الإستثمارات

1- يعامل كل من الطرفين المتعاقدين مستثمري الطرف المتعاقد الآخر وإستثماراته بشكل لا يقل أفضلية عن معاملته لمستثمري الدول الأخرى وإستثماراتهم.

2- لا تؤول مقتضيات هذا الإتفاق المتعلقة بتطبيق معاملة لا تقل أفضلية عن تلك الممنوحة لمستثمري دولة أخرى بشكل يجبر أحد الطرفين المتعاقدين على تمديد المزايا أو كل معاملة أو تفضيل أو امتياز أني أو مستقبلي ناتج عن :

أ- اتحاد جمركي أو سوق مشتركة أو منطقة تبادل حر أو الإنتماء إلى مجموعة اقتصادية؛

ب- منح معاملة وطنية في إطار اتفاق ثنائي يتعلق بالإستثمارات؛

ج- اتفاق دولي أو توافق ثنائي على أساس المعاملة بالمثل في المجال الجبائي؛

د- التنظيمات الهادفة إلى تسهيل تجارة الحدود؛

هـ- جميع المساعدات، والهبات، والقروض، والتأمينات، والضمانات المخصصة لرعاياه أو شركاته في إطار أنشطة وبرامج التنمية الوطنية.

المادة الرابعة

نزح الملكية

1- لأغراض هذه المادة، يعني مصطلح "نزح الملكية" كذلك التأميم أو كل إجراء آخر له نفس المفعول أو نفس الصيغة.

2- لا يمكن تقرير إجراء نزح الملكية من طرف سلطات أحد الطرفين المتعاقدين إزاء إستثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الآخر إلا إذا كان مطابقاً للتشريعات القانونية ومقابل تعويض، كما يجب ألا يكون تمييزياً أو معللاً بأسباب أخرى

.../..

غير المنفعة العامة. ويدفع الطرف المتعاقد الذي اتخذ مثل هذا الإجراء للمستحق، في أجل معقول، تعويضا ملائما وفعليا، والذي يجب أن يكون معادلا لقيمة الإستثمار مباشرة قبل اطلاق العموم على نزع الملكية. ويجب أن تتخذ اجراءات تحديد و أداء التعويض بطريقة مناسبة في أجل لا يتعدى وقت نزع الملكية.

3- عندما يقوم أحد الطرفين المتعاقدين بنزع ملكية عناصر أصول شركة تعتبر تطبيقا لمقتضيات المادة (1) الفقرة 2 من هذا الإتفاق كأنها شركته، والتي يملك فيها مستثمر الطرف المتعاقد الآخر حقوق المساهمة، فإنه يطبق مقتضيات الفقرة (1) من هذه المادة بشكل يضمن بها لهذا المستثمر تعويضا ملائما.

4- للمستثمر الحق في أن ينظر في شرعية نزع الملكية من طرف السلطات المختصة للطرف المتعاقد الذي قام بهذا الإجراء.

5- للمستثمر الحق في أن ينظر في مبلغ التعويض إما من طرف السلطات المختصة للطرف المتعاقد الذي قرر نزع الملكية أو من طرف المركز الدولي لحل النزاعات المتعلقة بالإستثمارات.

المادة الخامسة

التحويلات

1- يضمن كل من الطرفين المتعاقدين لمستثمري الطرف المتعاقد الآخر، بدون تأخير غير مبرر، تحويل بعملة قابلة للتحويل الأداءات المرتبطة بإستثمار، وبشكل خاص لكن ليس على سبيل الحصر :

أ- الإستثمار؛

ب- المداخيل؛

ج- تسديد القروض الممولة بالعملات؛

د- الناتج في حالة التصفية أو البيع الكلي أو الجزئي للإستثمار؛

هـ- التعويضات المنصوص عليها في المادة (4) الفقرة (2).

2- تتم التحويلات المنصوص عليها في هذه المادة بعملة قابلة للتحويل وبسعر الصرف المعمول به يوم التحويل.

.../..

المادة السادسة

الانابة

إذا قام أحد الطرفين المتعاقدين أو مؤسسة مرخص لها من قبله بدفع أداء لأحد المستثمرين بمقتضى ضمان متعلق باستثمار فوق تراب الطرف المتعاقد الآخر، يعترف هذا الطرف الأخير دون الإخلال بحقوق مستثمر الطرف المتعاقد الأول بموجب المادة (8) وبحقوق الطرف المتعاقد الأول طبقاً للمادة (9) ، بتحويل كل حقوق أو أصول هذا المستثمر إلى الطرف المتعاقد الأول بالطرق القانونية أو التعاقدية. كما يعترف الطرف الآخر بالانابة للطرف المتعاقد الأول في كل هذه الحقوق والأصول التي من حقه ممارستها بنفس الصيغة التي كان يمارسها بها قانونياً من سبقه. وبالنسبة لتحويل الأداءات المستحقة للطرف المتعاقد المعني بمقتضى الحقوق المنابة فإن المادة (4) والمادة (5) تطبق بالقياس.

المادة السابعة

التزامات أخرى

1- إذا كان تشريع أحد الطرفين المتعاقدين أو كانت هناك إلتزامات دولية، بالموازاة مع هذا الإلتفاق بين الطرفين المتعاقدين أو التي سيتم عقدها بينهما في المستقبل، تنص على نظام ذي طابع عام أو خاص، والذي ستعامل بموجبه استثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الآخر بشكل أفضل من مقتضيات هذا الإلتفاق ، فإن هذا النظام هو الذي يرجح على هذا الإلتفاق لكونه أكثر أفضلية.

2- يحترم كل من الطرفين المتعاقدين أي التزام تعاقدي تعهد به إزاء مستثمري الطرف المتعاقد الآخر بشأن الإستثمارات التي قبلها فوق ترابه.

المادة الثامنة

حل النزاعات المتعلقة بالإستثمارات

1- إذا قامت نزاعات تتعلق بالإستثمار بين أحد الطرفين المتعاقدين وأحد مستثمري الطرف المتعاقد الآخر فستحل، بقدر الإمكان، بشكل ودي بين الطرفين المتنازعين.

2- إذا تعذر حل مثل هذا النزاع خلال الستة أشهر التي تلي إشعاراً مكتوباً بالمطالبة بتسويتها ، فإن النزاع يعرض بطلب من الطرف المتعاقد أو مستثمر الطرف المتعاقد الآخر للتوفيق أو لتحكيم المركز الدولي لحل النزاعات المتعلقة بالإستثمارات الذي أنشئ بمقتضى الإتفاقية من أجل حل النزاعات المتعلقة بالإستثمارات بين الدول ورعايا دول أخرى المفتوحة للتوقيع بواشنطن بتاريخ 18 مارس 1965 . وفي حالة التحكيم فإن كل طرف من الطرفين المتعاقدين يقبل بمقتضى هذا الإتفاق ، مسبقاً وبصفة غير رجعية، وحتى في غياب اتفاقية تحكيم فردية بين طرف متعاقد ومستثمر، عرض مثل هذه النزاعات على المركز ويقبل قرار التحكيم كقرار ملزم، ويعني هذا القبول التخلي عن المطالبة باستنفاد اللجوء إلى المحاكم الداخلية الإدارية أو القضائية.

3- يكون القرار نهائياً وملزماً ويتم تنفيذه وفقاً للتشريع الوطني. ويضمن كل طرف متعاقد الإعتراف بالقرارات التحكيمية وتنفيذها طبقاً لتشريع.

4- لا يحق لطرف متعاقد يكون طرفاً في النزاع أن يثير اعتراضاً في أية مرحلة من مراحل عملية التوفيق أو التحكيم أو التنفيذ لقرار تحكيمي بدعوى أن مستثمر الطرف الخصم في النزاع، قد حصل على تعويض يغطي كلياً أو جزئياً خسائره بموجب ضمان.

المادة التاسعة

النزاعات بين الطرفين المتعاقدين

1- يجب حل النزاعات القائمة بين الطرفين المتعاقدين والمتعلقة بتأويل أو تطبيق هذا الإتفاق بواسطة مفاوضات ودية على قدر الإمكان.

2- إذا تعذر حل النزاع في ظرف ستة أشهر، يمكن عرضه بطلب من أحد الطرفين المتعاقدين على محكمة تحكيمية.

3- تشكل المحكمة التحكيمية لهذه الغاية بحيث يعين كل طرف متعاقد عضواً. ويختار العضوان المعينان أحد رعايا دولة ثالثة كرئيس للمحكمة. ويجب أن يعين

.../..

العضوان في ظرف شهرين بعد إخبار أحد الطرفين المتعاقدين الطرف المتعاقد الآخر بنيته في عرض النزاع على محكمة تحكيمية. وينبغي تعيين الرئيس في ظرف مدة إضافية أجلها شهران.

4- إذا لم تحترم الأجال المحددة في الفقرة (3) يمكن لكل طرف متعاقد، وذلك في حالة عدم وجود أي توافق آخر، دعوة رئيس محكمة العدل الدولية للقيام بالتعيينات الضرورية. وإذا كان رئيس محكمة العدل الدولية يحمل جنسية أحد الطرفين المتعاقدين أو إذا تعذر عليه القيام بهذه المهمة يمكن لنائب الرئيس القيام بها، وفي حالة تعذر ذلك يمكن للعضو الأكثر أقدمية بمحكمة العدل الدولية أن يكون مدعوا وفق نفس الشروط للقيام بهذه التعيينات.

5- تحدد المحكمة التحكيمية مسطرتها بنفسها.

6- تقوم المحكمة التحكيمية بالبت على أساس هذا الإتفاق وكذا على أساس قواعد القانون الدولي المعترف بها عموماً. وتتخذ قراراتها بأغلبية الأصوات، ويكون القرار نهائياً وملزماً.

7- يتحمل كل طرف متعاقد مصاريف العضو الذي عينه وكذا تمثيله في مسطرة التحكيم.
أما مصاريف الرئيس وكذا المصاريف الأخرى فإنها تقسم مناصفة بين الطرفين المتعاقدين إلا أنه يمكن للمحكمة أن تحدد في قرارها تقسيماً آخر للمصاريف.

المادة العاشرة

الدخول إلى حيز التنفيذ ومدة الصلاحية

1- يعرض هذا الإتفاق على المصادقة، ويدخل إلى حيز التنفيذ في اليوم الأول من الشهر الثالث الموالي للشهر الذي يتم فيه تبادل وثائق المصادقة.

2- تمتد صلاحية هذا الإتفاق لمدة عشرة سنوات؛ وبعد استنفاد هذه المدة تجدد ضمناً لفترة غير محدودة وذلك ما لم يقوم أحد الطرفين المتعاقدين بإلغاء هذا الإتفاق بإشعار كتابي سنة على الأقل قبل انتهاء مدة صلاحيته.

.../..

3- بالنسبة للإستثمارات المنجزة إلى تاريخ انتهاء مدة صلاحية هذا الإتفاق، فإن المواد من 1 إلى 9 ستبقى نافذة لمدة عشر سنوات إضافية ابتداء من يوم انتهاء العمل بهذا الإتفاق.

فـي

حـرر بـ

في نظيرين أصليين باللغات العربية والألمانية والفرنسية ولكل منها نفس الحجية، وفي حالة اختلاف في التأويل يرجح النص الفرنسي.

عـن

المملكة المغربية

عـن

الجمهورية النمساوية

ACCORD**ENTRE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE ROYAUME DU MAROC
RELATIF A LA PROMOTION ET A LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS**

- La République d'Autriche et le Royaume du Maroc dénommés ci-après « Parties Contractantes »,
 — Désireux de renforcer la coopération économique entre les deux Etats;
 — Reconnaissant le rôle important des investissements de capitaux étrangers dans le processus du développement économique et le droit de chaque Partie Contractante de déterminer ce rôle et de définir les conditions dans lesquelles les investissements étrangers pourraient participer à ce processus;
 — Reconnaissant l'importance d'un climat d'investissement satisfaisant pour l'établissement et le maintien d'un flux international de capitaux adéquat;
 — Soucieux de créer des conditions favorables à l'investissement des capitaux dans les deux Etats et d'intensifier la coopération entre investisseurs des deux Etats notamment dans les domaines de la technologie, de l'industrialisation et de la productivité;
 — Reconnaissant la nécessité de protéger les investissements des investisseurs des deux Etats et de stimuler les transferts de capitaux en vue de la prospérité économique des deux Etats;

Sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE 1**Définitions**

Aux fins du présent Accord:

1. Le terme « investissement » comprend tous les éléments d'actif et notamment, mais pas exclusivement:

- a) les biens mobiliers et immobiliers, ainsi que tous autres droits réels tels que hypothèques, gages, sûretés réelles, usufruits et droits similaires;
- b) les actions et autres formes de participation dans des entreprises;
- c) les créances monétaires et droits à toute prestation ayant une valeur économique;
- d) les droits d'auteur, les droits de propriété industrielle tels que brevets, marques, échantillons et modèles de commerce ainsi que modèles déposés, procédés techniques, savoirfaire, noms commerciaux et clientèle;
- e) les concessions de droit public pour la prospection et l'exploitation de ressources naturelles.

Ces investissements doivent être effectués conformément aux lois et règlements en vigueur dans les pays hôtes.

2. Le terme « investisseur » désigne:

Pour la République d'Autriche:

- a) Toute personne physique ayant la nationalité de la République d'Autriche et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante;
- b) Toute personne morale ou société de personnes de droit commercial, constituée conformément à la législation de la République d'Autriche, ayant son siège sur le territoire de la République d'Autriche et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante. Pour le Royaume du Maroc:

- a) Toute personne physique ayant la nationalité marocaine en vertu de la législation en vigueur au Royaume du Maroc et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante;
- b) Toute personne morale, société de personnes, autre association ou entité dont le statut découle de la législation marocaine, ayant son siège sur le territoire du Royaume du Maroc et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante.

3. Le terme « revenus » désigne les montants rapportés par un investissement, et notamment, mais pas exclusivement les bénéfices, intérêts, dividendes, tantièmes, redevances de licence dont les contrats ont été approuvés par les autorités compétentes dans la mesure où la réglementation du pays hôte l'exige.

ARTICLE 2**Promotion et protection des investissements**

1. Chacune des Parties Contractantes encourage sur son territoire, dans la mesure du possible, les investissements des investisseurs de l'autre Partie Contractante, admet ces investissements conformément à sa législation et les traite de manière juste et équitable.

2. Les investissements mentionnés au paragraphe 1 et leurs revenus jouissent de la pleine protection de cet Accord. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, le même traitement s'applique en cas de réinvestissement des-dits revenus.

3. L'extension, la modification ou la transformation d'un investissement, effectuées conformément aux lois et règlements en vigueur dans le pays hôte, sont considérées comme un nouvel investissement.

ARTICLE 3

Traitement des investissements

1. Chacune des Parties Contractantes traite les investisseurs de l'autre Partie Contractante et leurs investissements de façon non moins favorable que les investisseurs d'Etats tiers et leurs investissements.

2. Les dispositions du présent Accord relatives à l'application d'un traitement non moins favorable que celui qui a été accordé aux investisseurs de tout Etat tiers, ne sont pas interprétées de façon à obliger une Partie Contractante à étendre aux investisseurs de l'autre Partie Contractante les avantages ou tout traitement, préférence ou privilège présents ou futurs résultant:

- a) d'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre échange, ou de l'appartenance à une communauté économique;
- b) de l'octroi du traitement national dans le cadre d'un accord bilatéral en matière d'investissements;
- c) d'un accord international ou d'un arrangement bilatéral sur la base de la réciprocité en matière fiscale;
- d) des réglementations destinées à faciliter le trafic frontalier;
- e) de toutes aides, dons, prêts, assurances et garanties réservés à ses propres ressortissants ou sociétés dans le cadre des activités et des programmes de développement national.

ARTICLE 4

Expropriation

1. Aux fins du présent Article le terme expropriation désigne également une nationalisation ou toute autre mesure ayant le même effet ou le même caractère.

2. L'expropriation ne pourrait être décidée par l'une des Parties Contractantes à l'encontre des investissements des investisseurs de l'autre Partie Contractante que si elle est conforme aux prescriptions légales et contre indemnisation et ne devrait être ni discriminatoire, ni motivée par des raisons autres que l'utilité publique. La Partie Contractante ayant pris une telle mesure versera à l'ayant droit, dans un délai raisonnable, une indemnité adéquate et effective, laquelle doit correspondre à la valeur de l'investissement immédiatement antérieure au moment où l'expropriation devient connue dans le public. Les dispositions pour la fixation et le paiement de l'indemnité devront être prises d'une manière adéquate au plus tard au moment de l'expropriation.

3. Lorsqu'une Partie Contractante exproprie les éléments d'actif d'une société, qui, en application des dispositions de l'Article 1 paragraphe 2, du présent Accord, est considérée comme étant sa propre société et dans laquelle l'investisseur de l'autre Partie Contractante détient des droits de participation, elle applique les dispositions du paragraphe 1 de cet Article de sorte que l'indemnisation appropriée de cet investisseur soit assurée.

4. L'investisseur a droit à ce que la légalité de l'expropriation soit examinée par les autorités compétentes de la Partie Contractante qui a initié l'expropriation.

5. L'investisseur a droit à ce que le montant de l'indemnité soit examiné soit par les autorités compétentes de la Partie Contractante qui a décidé l'expropriation soit par le Centre International pour le Règlement des Différends relatifs aux Investissements.

ARTICLE 5

Transferts

1. Chacune des Parties Contractantes garantit aux investisseurs de l'autre Partie Contractante, sans délai injustifié, le transfert en monnaie convertible des paiements relatifs à un investissement, et notamment, mais pas exclusivement:

- a) de l'investissement;
- b) des revenus;
- c) du remboursement des prêts financés en devises;
- d) du produit en cas de liquidation ou vente totales ou partielles de l'investissement;
- e) des indemnités visées à l'Article 4 paragraphe 2.

2. Les transferts visés à cet Article sont effectués en monnaie convertible aux taux de change applicables le jour du transfert.

ARTICLE 6

Subrogation

Lorsqu'une Partie Contractante ou une institution autorisée par celle-ci effectue des paiements à un investisseur en vertu d'une garantie pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante, cette autre Partie Contractante reconnaît, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie Contractante en vertu de l'Article 8 et des droits de la première Partie Contractante en vertu de l'Article 9, le transfert de tous les droits ou titres de cet investisseur par voie légale ou contractuelle à la première Partie Contractante. En outre, l'autre Partie Contractante reconnaît la subrogation de la première Contractante dans tous ces droits ou titres, que la première Partie Contractante a droit d'exercer dans la même mesure que son prédécesseur en droit. Pour le transfert des paiements dus à la Partie Contractante respective en vertu des droits subrogés l'Article 4 et l'Article 5 s'appliquent par analogie.

ARTICLE 7

Autres obligations

1. Si la législation de l'une des Parties Contractantes ou des obligations de droit international, qui existent parallèlement au présent Accord entre les Parties Contractantes ou qui seront contractées entre elles dans l'avenir, prévoient un règlement de caractère général ou particulier, selon lequel les investissements des investisseurs de l'autre Partie Contractante seront traités plus favorablement qu'en vertu du présent Accord, ce règlement prévaut sur le présent Accord, en tant qu'il soit plus favorable.

2. Chacune des Parties Contractantes respecte toute obligation contractuelle qu'elle a souscrite à l'égard des investisseurs de l'autre Partie Contractante relative à des investissements qu'elle a admis sur son territoire.

ARTICLE 8

Règlements des différends relatifs aux investissements

1. Si des différends relatifs à un investissement surgissent entre une Partie Contractante et un investisseur de l'autre Partie Contractante, ils seront, autant que possible, réglés à l'amiable entre les parties en litige.

2. Si un tel différend ne peut être réglé dans les six mois suivant une notification écrite de revendications, le différend sera soumis, à la requête de la Partie Contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie Contractante, à la conciliation ou à l'arbitrage du Centre International pour le Règlement des Différends relatifs aux Investissements (CIRDI), créé par la Convention pour le Règlement des Différends relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'autres Etats, ouverte à la signature à Washington le 18 mars 1965. En cas d'arbitrage, chacune des Parties Contractantes consent, par le présent Accord, irrévocablement en avance, même en l'absence d'une Convention d'arbitrage individuelle entre une Partie Contractante et un investisseur, à soumettre de tels différends au Centre et à accepter la décision arbitrale comme obligatoire. Ce consentement implique la renonciation à exiger que les recours internes administratifs ou judiciaires soient épuisés.

3. La décision est définitive et obligatoire, elle sera exécutée selon la législation nationale; chaque Partie Contractante garantit la reconnaissance et l'exécution des décisions arbitrales conformément à sa législation.

4. Une Partie Contractante, partie à un différend, ne soulève d'objection, à aucun stade de la procédure de conciliation ou d'arbitrage ou de l'exécution d'une décision arbitrale, du fait que l'investisseur, partie adverse au différend, ait perçu une indemnité couvrant tout ou partie de ses pertes en vertu d'une garantie.

ARTICLE 9

Différends entre les Parties Contractantes

1. Les différends entre les Parties Contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord doivent être réglés, autant que possible, par des négociations à l'amiable.

2. Si un tel différend ne peut être réglé dans un délai de six mois, il peut être soumis, à la demande de l'une des Parties Contractantes, à un tribunal d'arbitrage.

3. Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc de façon que chaque Partie Contractante désigne un membre. Les deux membres ainsi désignés choisissent un ressortissant d'un Etat tiers comme Président du tribunal. Les membres doivent être désignés dans les deux mois après que l'une des Parties Contractantes ait fait part à l'autre Partie de son intention de soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage. Le Président doit être désigné dans un délai supplémentaire de deux mois.

4. Si les délais fixés au paragraphe 3 ne sont pas observés, chaque Partie Contractante peut, à défaut d'un autre arrangement, inviter le Président de la Cour Internationale de Justice à procéder aux désignations nécessaires. Si le Président de la Cour Internationale de Justice possède la nationalité de l'une des Parties Contractantes ou s'il est autrement empêché d'exercer cette fonction, le Vice-Président ou, en cas de son empêchement, le plus ancien membre de la Cour Internationale de Justice peut être invité sous les mêmes conditions à procéder aux désignations.

5. Le tribunal d'arbitrage fixe lui-même sa procédure.

6. Le tribunal d'arbitrage statue sur la base du présent Accord ainsi que sur la base des règles de droit international généralement reconnues. Il prend sa décision à la majorité des voix; la décision est définitive et obligatoire.

7. Chaque Partie Contractante supporte les frais de son membre et de sa représentation dans la procédure d'arbitrage.

Les frais du Président ainsi que les autres frais sont supportés à parts égales par les Parties Contractantes. Le tribunal peut toutefois fixer dans sa décision une autre répartition des frais.

ARTICLE 10

Entrée en vigueur et période de validité

1. Le présent Accord sera soumis à la ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suivra le mois, au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

2. Le présent Accord reste en vigueur pour une durée de dix ans; après l'expiration de cette période il sera prorogé pour une durée illimitée, à moins que l'une des deux Parties Contractantes ne dénonce l'Accord par écrit au moins douze mois avant son expiration.

3. Pour les investissements effectués jusqu'à la date d'expiration du présent Accord, les Articles 1 à 9 resteront en vigueur pour une période supplémentaire de dix ans, à compter du jour de l'expiration de l'Accord.

Fait à Rabat, le 2 novembre 1992 en deux originaux, en langues allemande, arabe et française, chaque texte faisant également foi. En cas de divergence, le texte français prévaudra.

Pour la République d'Autriche:

Mock

Pour le Royaume du Maroc:

Filali

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 6. April 1995 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 10 Abs. 1 mit 1. Juli 1995 in Kraft.

Vranitzky